

Energie 2020**Peter Stephan und Walter Arnold: „Solide Energie- und Klimaschutzpolitik mit Augenmaß“**

„Die Arbeit der unabhängigen Experten des Energieforums bildet eine hervorragende Basis für zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik. Damit lässt sich das Ziel aus der Koalitionsvereinbarung, den Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 zu 20 Prozent auf erneuerbarere Grundlage zu bestreiten, auf solider Grundlage und mit Augenmaß umsetzen“, sagte der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Peter Stephan, in der entsprechenden Landtagsdebatte. „Mit der Berücksichtigung des Strom- und des Wärmebereiches unterscheidet es sich deutlich von den Vorschlägen der Opposition, die sich im Wesentlichen auf die Stromversorgung beschränkten“, ergänzte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Walter Arnold. Die CDU-Politiker begrüßten es, dass in dem Konzept der Schwerpunkt auf die Energieeinsparung gelegt werde, um über Effizienzsteigerungen und rationeller Energienutzung den Energieverbrauch



zu mindern. „Schließlich ist die umweltwhste Energie diejenige, die erst gar nicht benötigt wird“, so Stephan. „Vor allem im Gebäudebestand sind die Einsparpotentiale enorm und vielfach sogar infolge eingesparter Energiekosten wirtschaftlich rentabel. *Fortsetzung auf Seite 2*

Debatte im Landtag

Mit einem Maßnahmenpaket will die Hessische Landesregierung den Ausbau der Erneuerbaren Energien stärken und mehr Anreize für die Einsparung von Öl und Gas setzen. „Wir wollen die Versorgung sichern, die Schöpfung bewahren und die Wirtschaft stärken“, sagte Umweltministerin Silke Lautenschläger am Dienstag in einer Regierungserklärung im Landtag. Bis zum Jahr 2020 soll nach ihrem Willen der Anteil von Energie aus Sonne, Wasser, Wind und Biomasse auf 20 Prozent am Endenergieverbrauch ohne Verkehr steigen. Der Verbrauch soll im selben Zeitraum durch Effizienzmaßnahmen und Einsparung um ein Fünftel sinken.

Energie nicht auf Strom verkürzen – es geht auch um die Wärme

Die Ministerin warnte davor, die energiepolitische Debatte auf den Strom zu verkürzen und den wichtigen Bereich der Wärme auszuklammern. „Wir haben als Erste ausdrücklich die Wärme in unsere Berechnungen aufgenommen. Denn dabei gibt es die größten Energie-Einsparpotentiale.“ Knapp 90 Prozent des gesamten Energiebedarfs in älteren Gebäuden würden allein für Heizung und Warmwasser benötigt. Lautenschläger rief ferner zu einer Versachlichung der Energiedebatte auf. „Wir kommen auf absehbare Zeit allein mit Erneuerbaren Energien nicht aus. Ob, wie und wann das zu ändern ist, vermögen wir heute nicht zu sagen. Aber wir arbeiten mit Entschlossenheit daran, durch politisches Handeln so viel wie möglich zu machen“, sagte sie.



Energie 2020

Fortsetzung von Seite 1

Wärmedämmung rechnet sich daher nicht nur für die Umwelt, sondern auch im eigenen Geldbeutel. Außerdem wird die Baukonjunktur belebt, so dass das heimische Handwerk von den Beschäftigungseffekten profitieren kann“, argumentierte Arnold.

Im Hinblick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien bilde die Biomasse auch weiterhin den Schwerpunkt, zumal Hessen als waldreichstes Bundesland mit einer gut aufgestellten Land- und Forstwirtschaft hierfür wichtige Voraussetzungen

biete. „Bei aller Euphorie darf allerdings die Nahrungsmittelproduktion nicht aus dem Auge verloren werden. Bäume wachsen nicht in den Himmel“, wies Stephan auf die begrenzten Potentiale hin.

Abschließend betonten die beiden Abgeordneten, dass auch weiterhin in Hessen ein abgestimmter Energiemix aus Kernenergie, Kohle, Gas und den erneuerbaren Energien vorgesehen ist, der sowohl eine sichere Verfügbarkeit, eine preiswerte Energieversorgung als auch eine saubere Energieerzeugung gewährleisten soll.

Am vergangenen Wochenende fanden in mehreren CDU-Kreisverbänden in Hessen Parteitage statt

Der Kreisverband Lahn-Dill wählte den Stellvertretenden Vorsitzenden der Landtagsfraktion Hans-Jürgen Irmer erneut zu seinem Vorsitzenden. Im Odenwaldkreis wurde die Stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion Judith Lannert als Kreisvorsitzende im Amt bestätigt.



Hans-Jürgen Irmer



Judith Lannert



Bernd Siebert



Dirk Landau

Die CDU Schwalm-Eder bestätigte den Nordhessenbeauftragten der CDU Hessen Bernd Siebert im Amt

des Kreisvorsitzenden und die CDU im Werra-Meißner-Kreis wählte den Land-

tagsabgeordneten Dirk Landau erneut zu ihrem Vorsitzenden.

Nichtraucherschutzgesetz

Ralf-Norbert Bartelt: „Gesundheitsschutz ist und bleibt Kern des Nichtraucherschutzgesetzes“

„Wir halten am Nichtraucherschutz im gesamten öffentlichen Raum fest. Das konsequente Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Behörden, Kinder- und Jugend- beziehungsweise Bildungseinrichtungen sowie Gesundheitseinrichtungen ist und bleibt der Kern des hessischen Nichtraucherschutzgesetzes“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Ralf-Norbert Bartelt, zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes.

„Darüber hinaus bleibt das Rauchverbot auch in speiseorientierten Gaststätten und Restaurants bestehen. Das Rauchen

in der Gastronomie ist nur in kleinen getränkegeprägten Gaststätten bis 75 Quadratmetern gestattet, wenn die Betriebe entsprechend gekennzeichnet sind und sichergestellt wird, dass die Bestimmungen des Jugendschutzes eingehalten werden. Durch die Kennzeichnung ist für jeden ersichtlich, ob es sich um eine ‚Raucherkneipe‘ handelt. Jeder Gast kann dann entscheiden, ob er das Lokal betreten möchte oder nicht“, ergänzte Bartelt.

„Der Gesetzentwurf orientiert sich zum einen an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und zum anderen an



der Gesetzgebungspraxis der meisten anderen Bundesländer. Dadurch schaffen wir eine rechtssichere Regelung zum Nichtraucherschutz“, bemerkte Bartelt.

Rückblick auf den Politischen Aschermittwoch 2010



Auch in diesem Jahr fanden in Hessens CDU-Verbänden eine Reihe zünftiger politischer Veranstaltungen zum Aschermittwoch statt. Die mit 1.400 Gästen sicherlich größte und mittlerweile mit einer beachtlichen Tradition ausgestattete wurde durch die CDU Volkmarshausen ausgerichtet. Gäste diesmal waren der hessische Ministerpräsident Roland Koch und seine Amtskollegin aus Thüringen, Christine Lieberknecht.

CDU HESSEN Aktuell präsentiert Ihnen einige Impressionen aus Volkmarshausen und von anderen Veranstaltungen in Hessen.



Internationaler Frauentag am 8. März 2010

Frauen Union fordert betriebliche Vereinbarungen zur Chancengleichheit „Schub für Umsetzung der Gleichberechtigung im Arbeitsleben“



Wiesbaden, 4. März 2010. Die Frauen Union Hessen hat anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2010 verstärkte Initiativen zur Umsetzung der Gleichberechtigung im Arbeitsleben gefordert. Die CDU-Frauen werben für den Abschluss von betrieblichen Vereinbarungen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen.

Engagement in Unternehmen noch verhalten

„Dieses Instrument, das individuell auf die jeweilige betriebliche Situation zugeschnitten werden kann, wird viel zu selten genutzt“, erklärte die Landesvorsitzende Petra Müller-Klepper in Wiesbaden. Der Anteil der Betriebe, die freiwillige Initiativen, betriebliche oder tarifliche Vereinbarungen zur Verbesserung der Chancengleichheit aufweisen, habe sich seit dem Jahr 2002 kaum verändert, wie das Betriebspanel des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung zeige. Nur in jedem zehnten Betrieb mit mindestens zehn Beschäftigten gebe es entsprechende Vereinbarungen.

Angesichts des noch verhaltenen Engagements in den Unternehmen bestehe weiterer Handlungsbedarf. Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sei in den letzten Jahren vorangekommen. Der zunehmende Wunsch von Frauen, sich am Erwerbsleben

zu beteiligen, habe sich in einer steigenden Frauenerwerbsquote niedergeschlagen, die mittlerweile bei 71 Prozent liegt. „Doch der rein quantitative Aspekt einer erhöhten Erwerbstätigkeit von Frauen ist nicht alles. Es muss auch Chancengleichheit bei der Qualität der Arbeitsverhältnisse erreicht werden. Die Tatsache, dass Frauen in Deutschland 23 Prozent weniger verdienen als Männer und in Führungspositionen nicht angemessen vertreten sind, zeigt, dass hier noch viel zu tun ist“, betonte die Landesvorsitzende.



Von allen Betrieben in Deutschland realisierten etwa sieben Prozent Einzelmaßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. „Mit

steigender Betriebsgröße steigt auch der Anteil aktiver Gender-Politik. Sie konzentriert sich allerdings insbesondere auf Hilfestellung bei der Kinderbetreuung. Die Aktivitäten bei der gezielten Förderung des weiblichen Nachwuchses und der gezielten Karriereplanung stagnieren“. Besonders aktiv seien Betriebe, die hochqualifizierte Frauen einstellen.

Frauen als Fachkräfte gewinnen

Positiv sei zu registrieren, dass in den Betrieben die Einschätzung zunehme, dass Maßnahmen zur Erreichung frauen- und familienfreundlicher Rahmenbedingungen sinnvoll und notwendig seien. „Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und eines befürchteten Fachkräftemangels gewinnen Frauen auf dem Arbeitsmarkt an Bedeutung. Der Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft erhöht die Beschäftigungschancen von Frauen, die in den Dienstleistungsberufen stark vertreten sind“, so die Landesvorsitzende.

